

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bruttogehalt monatlich 1,00 M. Nach die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Danien M. 5,00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinstanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 132.

Dresden, Sonnabend den 10. Juni 1916

27. Jahrg.

Die Scheu vor der Reichseinheit.

Bald ein halbes Jahrhundert besteht das Deutsche Reich. Trotz eines schweren Krieges ist es seinerzeit zu einer äußeren politischen Einheit gelangt. In einem unendlich viel schwereren Krieg muß es gegenwärtig seine politische Einheit gegen eine Welt von Feinden verteidigen. Um so fleißiger wirken die Zustände im Innern Deutschlands, die deutlich erkennen lassen, daß fünfzig Jahre Reichseinheit nicht gereicht haben, um die äußere politische Einheit auch durch innere Einheitslichkeit und Geschlossenheit des Reichsgebietes zu ergänzen. Der Kriegszustand hat diese innere Zerstückelung durch die schweren Mängel der Lebensmittellieferung und durch die Mängel der neuen Steuern leider nur zu deutlich ans helles Licht des Tages gezogen. Der Leiter des neu geschaffenen Kriegsernährungsamtes muß gegenwärtig seine kostbare Zeit mit Hundstößen bei den Einzelstaaten zubringen, um nur erst einmal die ärgsten Demerits des jammervollen Partikularismus aus dem Wege zu räumen.

Aber auf anderen Gebieten ist es um die innere Einheit des Deutschen Reiches nicht besser bestellt. Die Vereinheitlichung des Schulwesens hat selbst Bismarck nicht zustande bringen können. Im Schulwesen sind nicht einmal die verschiedensten Verhältnisse gemacht worden: im Gegenteil, jedes noch so verächtliche Bemühen, die unglückliche Verwirrung auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung in Deutschland, das heillos durcheinander in den an sich nach Landeshoheit und Bundesstaat gleichgültigsten schulpolitischen und schulorganisatorischen Fragen zu lösen und eine sinnvolle Einheitspolitik in der Verwaltung des Reichs zu errichten, stößt nicht nur auf den mehr oder weniger verständlichen Widerstand der Einzelstaaten, sondern auch auf eine geradezu auffallend feindselige und verdrossene Abwehr bei der Reichsregierung. Wir lesen bei unseren Lesern die verschiedenen Verläufe unserer Reichstagsfraktion, die Frage der Reichsschulgesetzgebung langsam in Bewegung zu bringen, als befehl voraussetzen.

Jetzt wirft der Krieg neue schulpolitische und pädagogische Probleme auf, die nicht nur von größter Wichtigkeit für die Eltern und Kinder sind, sondern die auch das Deutsche Reich als solches und nicht so sehr die Bundesstaaten im einzelnen in hervorragendem Maße angehen. Abgesehen davon, daß das gewaltige kriegerische Ringen des deutschen Volkes eine Sache der Gesamtheit ist und dadurch den Reichsgedanken gegenüber partikularistischen Sonderströmungen beflügelt; abgesehen auch davon, daß die Notwendigkeit geistiger Fähigkeiten für den modernen Feldsoldaten eine dringende Mahnung für einheitlichen Aufbau und für eine gründliche Reform des deutschen Schulwesens bedeutet, allein die militärische Jugendvorbereitung, die in diesem Kriege so viel Aufsehen gemacht hat, zwingt das Reich zu einer eingehenden Beschäftigung mit dem Schulprobleme. Nicht als ob wir mit der jetzigen Form der militärischen Jugendvorbereitung einverstanden wären. Wir haben im Gegenteil viel daran auszusetzen. Aber eben deshalb und weil aus einer Reihe von Vorurteilen und missverständlichen Meinungen ist, daß in dieser Frage früher oder später geschickte Maßnahmen zu erwarten sind, müssen wir Sozialdemokraten rechtzeitig darauf bedacht sein, den Einfluss des deutschen Volkes durch die Einheitspolitik des Reichstages bei den gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Geltung zu bringen.

Es ist klar, daß die Erziehung zur Wehrhaftigkeit nicht durch irgendwelche behördliche Anordnungen, wohl gar lediglich rein militärischer Art, befriedigend gelöst werden kann. Das rein militärische daran ist sogar nur das weniger Wesentliche, das ohne weiteres zu seinem Recht kommen wird. Das Wesentliche und Wichtigste ist die gute und allseitige Erziehung des Kindes von frühesten Jugend an, ohne die jede militärische Erziehung mehr oder weniger in der Luft zerweht. Das ist aber wiederum, sofern die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes eine Sache eben des ganzen Volkes als Reichseinheit und nicht der einzelnen Bundesstaaten ist, in erster Linie eine Aufgabe des Reiches. Es kann dahingestellt bleiben, wie weit sich das Reich im einzelnen mit der Schulhaltung und -verwaltung beschäftigen will. Siderlich kann und muß auf diesen Gebieten der staatlichen und gemeindlichen Initiative und Selbstverwaltung weitest Spielraum gelassen werden. Nicht aber darf sich das Reich des Rechts berauben, durch gesetzliche Anordnungen Mindestleistungen im deutschen Schulwesen, besonders auch auf den durch den Krieg neu entdeckten oder erneut aufgedeckten Gebieten, zu verlangen und sie zugleich durch zuverlässige Kontrolle sicherzustellen.

Unter diesen Umständen hätte man erwarten sollen, daß die Reichsleitung die ihr von unseren Genossen Heinrich Schulz durch das Mittel einer Anfrage im Reichstage gebotene Gelegenheit gern benützt hätte, sich über ihre Interessen an der Schulfrage zu äußern. Genosse Schulz hatte, wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, angefragt, ob der Reichsanwalt bereit sei, vor der Inangriffnahme irgendwelcher gesetzgeberischer Maßnahmen auf dem Gebiete der Schul- und Jugendgesetzgebung einen Sachverständigenausschuß zu berufen. Die Regierung lehnte die Beantwortung der Anfrage unter nichtigen Vorwänden ab. Die Anfrage stütze sich nicht auf Tatsachen und außerdem gehörten die beregten Fragen nicht zur

Pfingst-Briefe.

I.

Mit Goethes Gedichten ins Feld.

Lieber Freund am »Toten Mann! Als ich im Bericht gelesen, wie es heiß bei euch gewesen, fiel mich ein Erskrecken an.

Eben noch von Turm zu Turm schwoh ein pfingstliches Geläute. Jubelglocken . . . Heute, heute! . . . Und ihr steht im Eisenkurm.

Wie ward mir der Klang verhaßt! Daß sogar die Glocken tragen und die Lüfte uns belügen, hab' ich lange nicht erfaßt . . .

Nun zum Schluß: Den kleinen Band, drin der große, weisse Meister ruft der Menschheit wahre Geister, hoff' ich bald in deiner Hand.

II.

Mit einem Birkenzweig aus dem Felde.

Lieber Freund im Vaterland, laß die Glocken weiter lingen, laß sie tollsch und trübsüß klingen und nimm diesen Zweig zur Hand.

Aus der Stellung heimmarkiert, kühle nach sieben bangen Nächten ich den Schlummer des Gerechten und bin jetzt im Wald spaziert.

Hü, der Wald war wie ein Feist. Vogelflöten in den Zweigen Und ein grüner Jubelreigen Um das blühende Sedst.

Ich, den Donner noch im Ohr, Dunst und Dämpfe in der Nase, bückte mich zum grünen Grase und hob diesen Zweig empor.

Durch den mittagsstillen Wald kam ein heller Wind geschwungen, der in tausend frohen Zungen rauscht und raunt und harft und hallt.

Selig ward mir da gewiß: Will sich neuer Selst entbinden, weiß er dich und mich zu finden . . .

Sell wird jede Finlternis! Karl Bröger.

Kompetenz des Reiches. Dieses Ausweichen war für die Regierung zwar ein bequemes Mittel, sich um eine sachliche Klärung zu drücken, legt aber nicht gerade ein besonders erhebendes Zeugnis dafür ab, daß die Regierung die Zeichen der Zeit versteht, und mit weitem Blick in die Zukunft zu dringen vermag.

Die militärische Jugendvorbereitung ist wahrlich eine »Tatsache«, die auch der Reichsleitung nicht unbekannt sein sollte. Daß die Frage aber zur Kompetenz des Reiches gehört, ist von berufener Seite von dem bayerischen Kultusminister und einem Vertreter des bayerischen Kriegsministers bei den Beratungen des Kultusrats im Finanzausschuß des bayerischen Landtags im März dieses Jahres dargelegt worden. Die Antwort der Reichsleitung auf die Anfrage war lediglich eine Ausflucht. Man hat eine heillose Scheu vor den überlieferten Rechten und Vorrechten der Einzelstaaten, so sehr sie auch dem notwendigen Fortschritt im Wege stehen und so leicht sie durch den energischen Willen der Reichsregierung und des Reichstages kurzerhand auf den historischen Kumpelboden befördert werden könnten. Man will keine Reichsschulgesetzgebung, auch keine noch so bescheidenen Schritte in der Richtung dahin, wie man auch vor anderen Maßnahmen zur Stärkung der Reichseinheit gegenüber der einzelstaatlichen Gewalt, vor durchgreifenden Steuerreformen, vor den Reichseisenbahnen zurückerschreckt. Um die vielen kleinen Staaten würde man sich freilich nicht kümmern. Aber der Vater aller Hindernisse auf dem Wege zur tatsächlichen Einheit und inneren Geschlossenheit des deutschen Reiches ist — Preußen. Nach dem Krieg wird man in der Schulfrage und noch auf vielen anderen Gebieten die Ecken vor der Reichseinheit und vor preussischen Sonderrechten zu überwinden haben. Und das wird zum Nutzen des Reiches und nicht minder zum Nutzen der Einzelstaaten sein.

Volksernährung und Tierhaltung.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß zu einer Sicherung unserer Volksernährung während der Kriegszeit eine Einschränkung der Tierhaltung notwendig ist, weil bei der Verfüterung von Nahrungsmitteln, die für den menschlichen Genuß geeignet sind, ein Teil des Nährwertes verloren geht. Da unsere bedeutende Futtermittelzufuhr fast vollständig aufgehört hat, muß ein großer Viehbestand zur Folge haben, daß die Nahrungsmittel für die Menschen knapp werden. Tatsächlich ist ja die jetzt herrschende Kartoffelknappheit auch nur darauf zurückzuführen, daß zu große Mengen Kartoffeln verfüttert worden sind. Den gleichen Standpunkt wie wir nimmt auch ein praktischer Landwirt, Kommerzienrat und Oberamtmann E. Rabbe in Kleinwanzleben, in einer Zuschrift an den Reichstag ein. Herr Rabbe teilt die Meinung, daß der Rindviehbestand während des Krieges nur um etwa 10 Prozent gegenüber dem Friedensbestand eingeschränkt zu werden brauche, daß aber vor allen Dingen eine starke Verminderung des Schweinebestandes — um etwa 50 Prozent — anzustreben sei, und zwar deswegen, weil das Schwein zur Wast im wesentlichen Nahrungsmittel verbraucht, die auch direkt für die menschliche Ernährung verwendbar sind, und weil der Schweinebestand rascher wieder ergänzt werden könnte als der Rindviehbestand. Die Haltung von Schweinen bei unzureichender Fütterung sei unwirtschaftlich. Wenn mit einer Futtermenge, die ausreichte, um ein Tier mittleren Gewichtes voll auszumästen, zwei Tiere vom gleichen Anfangsgewicht die gleiche Zeit gefüttert würden, so fände nur ein geringer oder gar kein Zuwachs an Schlachtgewicht statt. Das Futter wäre einfach vergeudet. Der jetzt betretene Weg der Reduktion der Schlachtungen und des Fleischverbrauchs biete die Möglichkeit, zu einer besseren Nahrungsmittelversorgung des Volkes zu kommen.

Der Umstand, daß nach dem Herauskommen der grundlegenden Verordnungen nicht sofort gewerbliche Schlachtungen und Hauschlachtungen verboten wurden, habe bewirkt, daß Ende März und in den ersten zwei Aprilwochen unheimliche Mengen Vieh und vor allen Dingen Schweine geschlachtet worden sind. Der diesjährige Schweinemord habe die gute Wirkung, daß wir voraussichtlich mit den Kartoffeln reichen werden. Der Unterschied gegen das Vorjahr, wo der Schweinemassenmord durch das Reich angeordnet wurde, bestehe aber darin, daß damals das gewonnene Fleisch im wesentlichen der Gesamtheit zugeführt worden sei, während jetzt die große Masse des Fleisches in verhältnismäßig wenigen Händen liegt. Ohne eine allgemeine Fleischkarte sowie eine allgemeine Verkaufsaufnahme und Anrechnung der Vorräte würde nicht mehr auszukommen sein. Gewerbliche Schlachtungen sowie Hauschlachtungen, die ohne Genehmigung stattfinden, müßten außer durch die Einziehung des Fleisches noch mit einer besonderen nicht zu niedrigen Strafe belegt werden. Allerdings wäre eine derartige Bestimmung gefährlich und verhängnisvoll, wenn sie solch angewendet und etwa dazu benützt wird, einen unüberhältnismäßig großen Viehbestand heranzuzüchten. Das könne zur Katastrophe führen. Ein Mittel, den Viehbestand auf natürliche Weise den vorhandenen Vorräten anzupassen, dürfte die richtige Bemessung der Preise sein. Die jetzt viel zu hohen Preise tragen die Hauptlast an allem Unheil. Bei entsprechend niedrigen Viehpreisen hätte der Anreiz auf, mehr Vieh zu halten, als die Landwirtschaft mit den vorhandenen Futtermitteln erhalten könnte. Soweit Vieh, wie erforderlich sei, um die nicht für die menschliche Ernährung notwendigen oder brauchbaren Stoffe zu verwerten, werde immer gehalten werden.

Die Viehpreisstrigerung werde begründet mit hohen Futtermittelpreisen. Aber hohe Viehpreise bewirken wieder hohe Futtermittelpreise und mit diesen wieder die Viehpreisstrigerung begründet usw. Eine Zerschneidung ohne Ende. Es müßte für den Landwirt vorteilhafter sein, die unmittelbar für den menschlichen Genuß geeigneten und für die Volksernährung erforderlichen Nährstoffe unmittelbar zu verwerten, als sie durch den Tiermagen in Fleisch umzuwandeln. Bei der Schweinehaltung sei zu überlegen, ob es ratsam sei, neben der Preisoberbestimmung etwa die Festsetzung der zu haltenden Zahl in den einzelnen Kommunalverbänden auf die Hälfte der vor dem Kriege gehaltenen Zahl mit einem gewissen Spielraum vorzusehen. Die Zahl der Schweine im letzten Herbst war viel zu groß, wie die letzten Monate bewiesen hätten. Würde dafür gefordert, daß die Zahl erheblich niedriger sei, so würde man kaum weniger Fleisch und erheblich mehr Zeit haben im Jahre 1915 und außerdem würde viel Proteinstoffe und Kartoffeln eingespart werden. Die Regelung der Kartoffelverfugung würde so lange schwierig sein, wie der Landwirt die Kartoffeln, mit denen er die Schweine füttert, mit 5 bis 6 M. vermarktet. Wäre der Schweinepreis so festgesetzt, daß der Landwirt die Kartoffeln beim Verkauf nur um 2,50 bis 3 M. vermarktet, so gäbe es bei einem Zweifelpfennig-anfangspreis von 2,25 M. keine Rot an Kartoffeln. Am Ende seiner Zuschrift lehnt Herr Rabbe seine Forderungen in folgenden Sätzen zusammen:

»Wird die Viehhaltung entsprechend seinen Bedürfnissen geregelt und für arbeitsmäßige Verteilung des Viehs durch die Parteien gefordert, so wird die Übergangszeit schon bald zu Ende sein, als dies nach dem bisherigen Verfahren der Fall ist, und im Oktober etwa an wird die sichere Wirkung sein; weniger als